

Kampf um die Wüste

In der Westsahara wächst die Sorge vor einem Krieg. Doch dieses Mal kann Marokko auf neue Unterstützer bauen.

Von Hans-Christian Rößler, Madrid

Die Sorge vor einem zweiten Krieg in Afrika wächst. Nach der militärischen Konfrontation in Äthiopien droht nun eine Eskalation in der Westsahara: Nach 29 Jahren hat die dortige Befreiungsfront Polisario die Waffenruhe mit Marokko für beendet erklärt. Am Freitag hatten marokkanische Sicherheitskräfte in der entmilitarisierten Pufferzone an der Grenze zu Mauretanien eine Straßenblockade von Polisario-Aktivisten geräumt. Etwa fünfzig Zivilisten hatten seit dem 21. Oktober beim Dorf Guerguerat die wichtigste Landverbindung von Marokko nach Mauretanien unterbrochen. Zum ersten Mal seit 1991 war es zu einem Schusswechsel zwischen beiden Seiten gekommen. Für die von Polisario gemeldeten Angriffe auf marokkanische Militärstellungen mit angeblich mehreren Toten gab es jedoch bisher keine unabhängige Bestätigung.

In einem Telefongespräch mit UN-Generalsekretär António Guterres bekräftigte der marokkanische König Muhammad VI., dass er sich weiterhin der Einhaltung des Waffenstillstands in der Sahara verpflichtet fühle. Marokko werde aber „mit derselben Entschlossenheit und mit großer Härte im Rahmen einer legitimen Verteidigung gegen jede Bedrohung der Sicherheit seines Landes vorgehen“, hieß es in einer Erklärung des Königspalasts in Rabat. Die Straße nach Mauretanien sei wieder frei; wie lange sich die marokkanische Armee in der entmilitarisierten Zone aufhalten werde, blieb unerwähnt. Polisario mobilisierte nach eigenen Angaben tausend freiwillige Kämpfer, verzichtete aber offenbar bisher auf eine größere Konfrontation. Der Krieg werde weitergehen und sich auf das gesamte Gebiet der Westsahara ausweiten, solange die Vereinten Nationen nicht ihrer Verantwortung gerecht werden und Druck auf Marokko ausüben, sich an seine Verpflichtungen aus dem Jahr 1991 zu halten, sagte der Polisario-Unterhändler Jatrih Abduh der spanischen Nachrichtenagentur Efe. Er beschuldigte Rabat, die Waffenruhe mit einer Militäraktion an der mauretanischen Grenze gebrochen zu haben.

Mit der Protestaktion wollten Polisario-Unterstützer darauf aufmerksam machen, dass sie sich von der internationalen Gemeinschaft im Stich gelassen fühlen. Eigentlich hätte in der Westsahara schon 1992 eine Volksabstimmung über die Zukunft der einstigen spanischen Kolonie stattfinden sollen. Spanien hatte sich 1975 aus dem phosphatreichen Wüstengebiet an der Atlantikküste zurückgezogen. Marokko besetzte und annektierte etwa 80 Prozent von dem Gebiet, in dem etwa eine halbe Million Menschen leben. Aus marokkanischer Sicht handelt es sich um die „südlichen Provinzen“ des Königreichs. Marokko hat einen 2700 Kilometer langen Sandwall errichtet. Das restliche Gebiet, das an Algerien grenzt, kontrolliert Polisario. In Algerien leben bis heute etwa 170 000 Flüchtlinge aus der Westsahara in Lagern bei der Stadt Tindouf. Dort hat auch die von Polisario und von Algerien unterstützte Westsahara-Republik ihren Sitz, die jedoch über kein eigenes Staatsgebiet verfügt. Nach Ansicht der UN handelt es sich um das einzige afrikanische Territorium, das noch nicht entkolonialisiert ist.

Seit 1991 überwacht die UN-Mission Minurso den Waffenstillstand. Sie versucht, eine Volksabstimmung zu organisieren. Doch eine politische Lösung rückt in immer weitere Ferne. Im vergangenen Jahr hatte der frühere deutsche Bundespräsident Horst Köhler als UN-Sondergesandter einen neuen Verhandlungsversuch unternommen, der ebenfalls erfolglos blieb. Besonders in der jüngeren Generation in den Flüchtlingslagern wächst die Frustration, es mehrten sich Forderungen, wieder zu den Waffen zu greifen. Die Protestaktion an der mauretanischen Grenze war ein Beispiel für die wachsende Ungeduld. Denn auch diplomatisch gerät Polisario immer stärker ins Hintertreffen: Als der UN-Sicherheitsrat am 30. Oktober das Mandat der Minurso-Mission verlängerte, war zum ersten Mal keine Rede mehr von einem Referendum. Das wurde in Rabat zufrieden registriert.

Immer mehr Regierungen erkennen den marokkanischen Anspruch auf die Westsahara an und eröffnen sogar eigene Konsulate im marokkanisch besetzten Teil. Nach mehr als einem Dutzend afrikanischen Staaten entschlossen sich vor zwei Wochen auch die Vereinigten Arabischen Emirate zu diesem Schritt. Die marokkanische Führung baut schon seit längerer Zeit ihre Beziehungen zu anderen afrikanischen Staaten aus, wozu auch die Rückkehr in die Afrikanische Union gehört. Marokkanische Unternehmen, die nur begrenzten Zugang zur EU haben, suchen dort neue Märkte. „Mindestens gleich wichtig für Marokkos sogenannten ‚Turn to Africa‘ ist sein Wunsch, dass sein Anspruch auf die Westsahara anerkannt wird. Eng verbunden damit ist das regionale Kräfteverhältnis mit Algerien“, heißt es in einem Bericht der Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik. Der Zusammenbruch Libyens hat ein politisches Vakuum mit neuen Spielräumen hinterlassen. Marokko profitiert zudem davon, dass Algerien als Schutzmacht der Polisario durch eine innenpolitische Dauerkrise seit 2019 geschwächt ist. Seit Ende Oktober ist der neue Präsident Abdelmadjid Tebboune in Deutschland im Krankenhaus.

Auch für den Westen ist Marokko ein wichtigerer Partner geworden. Das gilt besonders für den Kampf gegen die illegale Migration. Marokko ist ein wichtiges Transitland auf dem Weg nach Europa. Ihre starke Stellung hat die Regierung in Rabat schon im Streit über die Anerkennung der Westsahara eingesetzt. Zudem wird Marokko immer wieder als ein Staat genannt, der Israel anerkennen könnte, wie es gerade die Vereinigten Arabischen Emirate getan haben. Es wird über eine Art diplomatisches Gegengeschäft spekuliert, in dem für einen ähnlichen Schritt auch westliche Regierungen die marokkanischen Ansprüche auf die Westsahara anerkennen könnten. Das setzt jedoch voraus, dass wieder Ruhe in dem Wüstenstreifen am Atlantik einkehrt.

